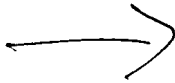


Hannau Anzeiger 8/3-2007

REGION HANAU

Seite 1



Tipps zu Mobilfunk

Landrat Erich Pipa hat den Kommunen im Kreis zu langfristigen Mobilfunk-Konzepten geraten. Städte und Gemeinden sollten in die Offensive gehen und mögliche Standorte für Mobilfunk-Anlagen gezielt ausweisen, und zwar unabhängig von aktuellen Plänen von Mobilfunkunternehmen. Die Behörden des Kreises hätten keinen Ermessensspielraum, den Bau neuer Sendeanlagen zu verhindern. ▷ Seite 15

Seite 15
↓

Beim Mobilfunk in die Offensive gehen

Landrat Pipa empfiehlt Kommunen, eigene Standortpläne zu erstellen – „Fundamentale Ablehnung geht an der Realität vorbei“

Region Hanau. Landrat Erich Pipa hat den Städten und Gemeinden Empfehlungen ausgesprochen, wie sie sich in Zukunft bei der Genehmigung von Mobilfunk-Sendemasten verhalten sollten. Pipa rät den Kommunen, in die Offensive zu gehen und mögliche Standorte für Mobilfunkanlagen gezielt auszuweisen, und zwar unabhängig von aktuellen Anfragen eines Netzbetreibers. Gestern verschickte der Landrat entsprechende Informationen sowie eine Powerpoint-Präsentation an die Städte und Gemeinden im Kreis. Die momentane Situation sei unbefriedigend. „Wenn sich eine neue Bürgerinitiative gegen Mobilfunkmasten gründet, schieben sich unterschiedliche Behörden den schwarzen Peter zu“, sagte Pipa. Der Landrat betonte, dass die Bauaufsicht des Kreises praktisch keine Möglichkeit habe, den Bau neuer Sendeanlagen zu verhindern. „Wir sind das letz-

te Glied in der Kette und haben rechtlich kaum Ermessensspielraum“, beschrieb Pipa die fehlenden Einflussmöglichkeiten seiner Behörde. Verhandlungspartner für die Mobilfunkbetreiber seien in erster Linie die Städte und Gemeinden. Ihnen empfiehlt der Landrat nun ein abgestimmtes und langfristig geplantes Vorgehen bei der Planung und Genehmigung von neuen Sendeanlagen. „Wer sich von jeder einzelnen Standortanfrage immer wieder überraschen lässt, mutet den Bürgern und sich selbst ständig neue Auseinandersetzungen zu“, erklärte der Landrat gemeinsam mit Reiner Kreppenhofer, dem Abteilungsleiter für Bauaufsicht beim Main-Kinzig-Kreis. Deshalb sei zum Beispiel das Vorhaben der Stadt Gelnhausen lobenswert, eine Standortanalyse von professionellen Gutachtern erstellen zu lassen. Diese Analyse soll darüber Aufschluss geben, wo in Zukunft bei einem maximalen Schutz der Be-

völkerung vor elektromagnetischer Strahlung Sendemasten aufgestellt werden könnten. „Diese Analysen von privatwirtschaftlichen Planungsbüros kosteten zwar Geld, doch immer nur im Einzelfall zu entscheiden, kostet unter Umständen mehr, und auch Nerven“, so Pipa, der auch das Beispiel Bayreuth anführte. Dort gebe es einen runden Tisch, an dem sich die Behörden der Stadt und Vertreter der Netzbetreiber ständig über Fragen der Standortsuche und des Netzausbaus austauschen würden. Eine fundamentale Ablehnung von neuen Sendeanlagen gehe dagegen nach Auffassung des Landrates an der Realität vorbei, da es in Deutschland bereits mehr Handys als Menschen gebe. „Ein kategorisches Nein behindert nur die Suche nach Kompromissen“, appellierte Pipa an die Mobilfunk-Kritiker, für deren Sorgen und Ängste er jedoch auch Verständnis zeigte. Transparenz bei den Ent-

scheidungen für oder gegen neue Mobilfunk-Standorte sei ihm deshalb sehr wichtig. Die Chance, dass sich kommunale Mobilfunk-Pläne praktisch umsetzen ließen, stünden nicht schlecht. Pipa verwies auf eine zwischen dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Landkreistag und den Netzbetreibern geschlossene Vereinbarung. Die Betreiber hätten sich darin verpflichtet, Vorschläge der Kommunen zu verwirklichen, wenn es technisch und wirtschaftlich möglich sei. Die Vereinbarung sehe auch vor, dass die Netzbetreiber vorhandene Antennenstandorte möglichst optimal nutzen. „Die Grundlage für das Erarbeiten kommunaler Mobilfunk-Konzepte ist also längst gegeben. Ich rate dazu, dieses Instrument zu nutzen“, schlägt Pipa den Politikern in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen vor. Jens Riedel (GT/tok)